

# Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

## „Ich erwarte von der Sozialdemokratie, dass sie gerade bei der Gesundheitsreform die Solidargemeinschaft verteidigt“

(IG-Metall-Vorsitzender Jürgen Peters)

„Die gesetzliche Krankenversicherung ist das letzte Solidarsystem, das wir haben“, sagt Jürgen Peters in einem Interview mit der »Welt«, 3. 7. 2006. Die von der Großen Koalition geplante Gesundheitsreform aber bereitet den „Ausstieg aus der sozialen Krankenversicherung“ vor.

Mit der Einrichtung des Gesundheitsfonds will die Regierung die Mittel aus dem Bundeshaushalt für die Krankenhäuser um 2,7 Milliarden Euro kürzen, bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge für die Versicherten.

Mit diesen Kürzungen im Gesundheitswesen folgt die Große Koalition den Vorgaben ihres Finanzministers Steinbrück, der unter dem Diktat des EU-Stabilitätspaktes eine drastische Kostensenkung bei den Sozialausgaben erzwingen will.

Stößt übrigens nicht deshalb die Föderalismusreform auf so große Ablehnung, weil sie dieses EU-Diktat

zum Verfassungsgebot erhoben hat?

„Die Arbeitnehmer sind allein durch die letzte Gesundheitsreform mit 9 Milliarden Euro zusätzlich belastet worden“, erklärt **Annelie Buntenbach**, Mitglied im DGB-Vorstand: „Es zeigt sich ja schon jetzt, dass unter dem Deckmantel der Gesundheitsfonds versucht wird, die Dosis der Belastungen für Kranke und Versicherte immer weiter zu erhöhen.“

In der SPD und den Gewerkschaften stößt diese „Reform“, die einhergeht mit „Leistungsabbau und Privatisierung von Leistungen“ (ver.di), auf wachsenden Widerstand. Wenn die Mittel nicht reichen, die ihnen über den einzurichtenden Gesundheitsfonds zugewiesen werden, sollen die Kassen einen Zusatzbeitrag für die Versicherten erheben. „Das ist der Abschied von einem paritätisch finanzierten Gesundheitssystem und zugleich der Einstieg in die Kopfpauschale“, warnt der SPD-Abgeordnete **Andreas Steppuhn** aus Sachsen-Anhalt. Dem werde er, wie viele seiner Fraktionskollegen, nicht zustimmen, so Steppuhn. **Elke Ferner**, stellv. SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende und AsF-Vors., äußert Verständnis für die Proteste der Kassen. Die Vorstandsmitglieder **Ottmar Schreiner** (AfA-Vors.) und **Björn Böhning** (Juso-Vors.) haben mit Nein gestimmt wie die Präsidiumsmitglieder **Andrea Nahles** und **Birgit Fischer** (früher Ministerin in NRW).

„Der Weg in die Zwei-Klassen-Medizin“ (IG Metall)

„Doch von der Öffentlichkeit fast unbemerkt wird mit dieser Gesundheits-

reform ein unsolidarischer Systemwechsel eingeleitet. Die Privatisierung der gesetzlichen Krankenversicherung wird vorbereitet und die Belastung der Versicherten ausgedehnt“, warnt B. Böhning in der FR, 12. 8. 2006.

Die **Hamburger SPD** fordert von SPD-Parteivorstand und Fraktion: „Der Krankenkassenzusatzbeitrag wird nicht eingeführt. Der Gesundheitsfonds wird nicht eingerichtet!“

Sozialdemokratische GenossInnen und GewerkschaftskollegInnen aus **NRW**, die eine Unterschriftensammlung, gerichtet an die SPD-Bundestagsabgeordneten, vorschlagen: „Hände weg von unserer solidarischen Krankenversicherung“, schreiben:

„Ist es möglich, dass sozialdemokratische Abgeordnete ihre Stimme für eine Gesundheitsreform geben, durch die die solidarische Gesundheitsversorgung, die gesetzliche, solidarische und paritätisch finanzierte Krankenversicherung, Stück für Stück demontiert wird – eine von der Arbeiterbewegung erkämpfte Errungenschaft, für die nicht zuletzt die SPD seit der Nachkriegszeit stand? (...) Brauchen wir nicht vielmehr die Aufhebung der gesamten bisherigen Demontage des öffentlichen Gesundheitswesens z.B. durch ausufernde Eigenbeteiligungen, einschneidende Kürzungen gegen Krankenhäuser, und Privatisierungen?“

Die Berliner Redaktion der »Sozialen Politik & Demokratie« wendet sich an die LeserInnen, unterstützt die Aufforderung an die SPD-Bundestagsabgeordneten, dieser Gesundheitsreform eine Absage zu erteilen!

CARLA BOULBOULLÉ

### Zum Inhalt:

Stimmen zur Gesundheitsreform

Wahlen in Berlin:  
„Für eine radikale politische Umkehr der SPD“

Vorbereitung einer internationalen Konferenz:  
Solidarität mit allen palästinensischen Frauen

## Allianz will 10.000 Stellen abbauen: ver.di fordert „ein gesetzliches Kündigungsverbot“

**10.000 sollen nach den Plänen des Allianz-Vorstandes ihren Arbeitsplatz verlieren. 7.500 Vollzeitstellen will der Versicherungskonzern „abbauen“, weitere 600 Stellen bei seiner IT-Tochter AGIS.**

Die Ankündigung der Entlassungen und Standortschließungen (z.B. Köln) verband sich mit der Bekanntgabe der Gewinnerwartung für 2006 von 5,5 bis 6 Milliarden Euro, nachdem der Konzern bereits im letzten Jahr einen Rekordgewinn von 4,4 Mrd. Euro realisierte.

Auf Initiative eines Allianzkollegen diskutierte die AfA in Düsseldorf die Situation und die Frage, welche Folgen daraus gezogen werden müssen.

Die Genossinnen und Genossen begrüßten solidarisch die Streiks und Demonstrationen der Allianz-Beschäftigten und stellten fest, dass „ganz neue Schichten von Arbeitnehmer/-innen in den Kampf zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze treten“.

„Bis vor kurzem hätte niemand von uns gedacht, dass er in eine solche Situation kommt. Die Geschäfte des Konzerns laufen ausgezeichnet, jeder dachte, dass dies einen sicheren Arbeitsplatz garantiert.“

Doch die Realität ist davon bestimmt, dass zur Sicherung der Profite Standorte geschlossen und Tausende auf die Straße gesetzt werden – nicht allein bei der Allianz. Auf einer Pressekonferenz von ver.di Anfang August haben Betriebsräte von Allianz, Commerzbank, Gothaer und Ergo-Versicherung erklärt, „was in Köln los ist“. In Köln wollen Versicherungen und Banken Stellen in enormem Ausmaß zerstören.

Die Existenzgrundlagen der Beschäf-



*Allianz-Angestellte protestierten gegen die geplanten Stellenstreichungen*

tigten und ihrer Familien, die Folgen für die Städte, – wie etwa Köln, wo 1.800 Allianz-Beschäftigte rausgeworfen werden –, spielen keine Rolle.

Die Tochter der Allianz, die Dresdner Bank, die im ersten Halbjahr die Gewinnvorgabe ihrer „Mutter“ Allianz klar übertraf, soll bis Mitte 2008 weitere 2.480 Stellen „einsparen“, nachdem seit 2001, also seit der Übernahme durch die Allianz, bereits rund 17.000 Stellen gestrichen wurden.

Die Genossen der AfA in Düsseldorf erinnern angesichts dieser Entwicklung an die aktuelle Beschlusslage der AfA, die während des Bundeskongresses im April in Kassel erklärt hatte, „dass es nicht hingenommen werden kann, dass Unternehmensleitungen im Namen der Renditegewinne die Existenz von ArbeitnehmerInnen und ihren Familien aufs Spiel setzen und ebenso die sozialen Grundlagen und die Lebensfähigkeit von ganzen Regionen“.

Die AfA hatte dazu gefordert: „Es gibt keine Legitimation, die Produktion

und Arbeitsplätze zu zerstören. Es kann keine ‚Lösung‘ darin bestehen, dass über Sozialpläne und Abfindungen immer weitere Arbeitslosigkeit erzeugt wird und Arbeitsplätze zerstört werden. Die AfA setzt sich ein für ein Verbot jeder Entlassung und Betriebschließung, nur um die Rendite zu erhöhen. Wenn die Unternehmer dagegen handeln, muss ihnen die Entscheidung aus der Hand genommen und der Betrieb und die Arbeitsplätze unter staatlichen Schutz gestellt werden.“

### **Jetzt für die Umsetzung der Beschlüsse von Kassel eintreten – DGB-Gewerkschaften, AfA und die gesamte SPD: Für ein gesetzliches Kündigungsverbot!**

Es ist wichtig, dass nach der AfA nun auch ver.di für „ein gesetzliches Kündigungsverbot“ angesichts der Tatsache eintritt, dass die Unternehmen hohe Gewinne verbuchen und gleichzeitig Massenentlassungen vornehmen. Nehmen wir diese Erklärung auf, machen wir sie zu unserer Position in allen Betrieben und Verwaltungen, in den Gliederungen der SPD, so wie es die AfA im April beschlossen und ver.di nun im August gefordert hat.

Abgeordnete der SPD und Linkspartei, Ihr habt die Verantwortung für die umgehende Gesetzesinitiative, damit Schluss ist mit der organisierten Zerstörung von Arbeitsplätzen und Betrieben und der Verelendung ganzer Regionen und Zehntausender von Familien.

**H.-W. Schuster**

#### **IMPRESSUM**

**Soziale Politik & Demokratie** erscheint 14-tägig. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

**NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 31. 8. 06**

#### **Redaktionsadresse:**

**Soziale Politik & Demokratie**  
Postfach 120 755; 10597 Berlin  
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62  
E-Mail: [Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de](mailto:Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de) - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / [www.soziale-politik-und-demokratie.de](http://www.soziale-politik-und-demokratie.de)

#### **Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:**

Carla Boulboullé, Rainer Döring,  
Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gott-  
hard Krupp, Volker Prasuhn,  
Birgit Schöller, Volkmar Schöne,  
Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

#### **HerausgeberInnen:**

**Brandenburg:** Bodo Fast  
**Nordrhein-Westfalen:**  
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach,  
Bodo Schoo, Beate Sieweke,  
Tina Hauptmann  
**Mecklenburg-Vorpommern:**  
Lothar Hesse  
**Sachsen:**  
Gaby Hahn, Cornelia Matzke  
**Sachsen-Anhalt:**  
Karlheinz Gerhold, Axel Bachner,  
Hans Günther Rinkleib

#### **Thüringen:**

Klaus Schüller, Andreas Hähle

#### **Hessen:**

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf  
Schulz, Horst Raupp

#### **Baden-Württemberg:**

Michael Futterer

**Druck:** gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im

Jahresabonnement möglich.

**Jahresabonnement (inkl. Porto):**

50,- Euro

**Ermäßigtes Abonnement:**

30,- Euro

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

**Konto:** C. Boulboullé,

Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

**V.i.S.d.P.:** C. Boulboullé

Postfach 120 755; 10597 Berlin

## „Die sozialen und demokratischen Grundlagen unserer Republik dürfen nicht dem Zerfall ausgeliefert werden“

### BRIEF

- an die 15 SPD-Bundestagsabgeordneten, die mit Nein zur Föderalismusreform gestimmt haben;
- an die über 40 SPD-Bundestagsabgeordneten, unter ihnen Wolfgang Thierse, die eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet haben;
- an alle, die mit Ja gestimmt haben, aber in gemeinsamen oder persönlichen Einzelerklärungen vor den Gefahren dieser „Reform“ gewarnt haben.

*Liebe Genossinnen, liebe Genossen,*

wir wenden uns an Euch, weil Ihr angesichts der drohenden verhängnisvollen Auswirkungen der Föderalismusreform in euren Erklärungen zur Abstimmung im Bundestag am 30. Juni übereinstimmend – welche Position auch immer Ihr sonst in der Abstimmung eingenommen habt – zum Ausdruck gebracht habt, dass Ihr es nicht zulassen könnt und werdet, dass die sozialen und demokratischen Grundlagen unserer Republik, die nach dem Grundgesetz von 1949 als einheitlicher „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ begründet wurde, dem Zerfall ausgeliefert werden.

Ihr habt der tiefen Ablehnung in der Bevölkerung, in der SPD und den Gewerkschaften, die mit zunehmendem Bekanntwerden des wahren Inhalts dieser „Reform“ immer mehr gewachsen ist, eine Stimme gegeben.

Wir stehen jetzt vor der Abstimmung der zweiten Stufe dieses Gesetzes. Wir alle wissen, dass es mit dieser zweiten Stufe um die Regelung des Länderfinanzausgleichs geht.

Jeder kann sich vorstellen, was für die einzelnen Länder die verbindliche Verpflichtung zur Respektierung der Maastrichter Defizitkriterien (Inhalt der am 30. Juni verabschiedeten ersten Stufe der „Reform“) in einer Situation bedeuten wird, in der mit dem Aufbrechen der Institutionen des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems der Bundesstaat aus seinen gesamtstaatlichen Aufgaben, aus seiner Verpflichtung der „Wahrung einheitlicher Lebensverhältnisse“, verabschiedet werden soll.

Mit einem solchen Schlag würden weitere Haushaltskürzungen und die Privatisierungen der öffentlichen Dienste, der öffentlichen Daseinsvorsorge erzwungen werden. (...)

**Ist es nicht unerlässlich, dass sich aus der Mitte der SPD selbst diese Bewegung, die die Zersetzung des „solidarischen Föderalismus“ zurückweist, organisiert?**

(...) Weist die Kollegin Renate Schmidt, die mit Nein gestimmt hat, nicht zu Recht darauf hin, dass mit dieser „Reform“ „die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse zu Lasten der BürgerInnen in Ostdeutschland abnehmen“ wird? Und betont sie nicht ebenfalls mit vollem Recht, dass der Wunsch der BürgerInnen „mehr Sicherheit, Verlässlichkeit und bundesdeutsche Einheitlichkeit in den Bereichen Kinder, Bildung, Familien und ältere Menschen“ ist und dass „gerade in diesen Bereichen mehr Wettbewerb um den Preis der Zersplitterung nicht akzeptiert wird“?

Gibt sie damit nicht auch der tiefen Unruhe eine Stim-

me, die der DGB sehr deutlich in seinem Euch sicherlich bekannten Plakat ausgedrückt hat, mit dem er vor der drohenden Zerstückelung Deutschlands in eine Reihe von Kleinstaaten warnt und für die Wahrung der „Deutschen Einheit“ und der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland“ eintritt?

Kollege Wolfgang Thierse hat mit Ja gestimmt, doch hat nicht auch er aus seiner Sicht dieselbe Sorge ausgedrückt, wenn er in einer gemeinsamen Erklärung mit 40 weiteren SPD-Abgeordneten feststellt, dass „der solidarische Föderalismus“, „bisher ein Fundament der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik“, „nicht zerstört werden darf durch einen Wettbewerbsföderalismus“; diese Abgeordneten betonen, dass für sie „**unverzichtbar**“ „bei den weiteren Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (...) die Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zentrales Ziel und Verfassungsauftrag bleiben müssen“. Bekennen sie sich aber damit nicht selbst zu der wichtigen Verantwortung, die sie übernommen haben?

(...) Das bisherige Verfassungsprinzip der solidarischen Beistandspflicht von Bund, Ländern und Gemeinden zur Garantie der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse, und der gesamtstaatliche Länderfinanzausgleich, der Bund, Länder und Kommunen solidarisch miteinander verbindet, sollen aufgehoben werden.

Ist es möglich, dass eine so schwerwiegende Entscheidung wie die über die zweite Stufe der „Reform“, die die Grundlagen der Demokratie und Gerechtigkeit zu verletzen droht, und die damit die Tradition selbst der SPD mit Füßen treten würde, die ihre ganzen sozialen und demokratischen Bestrebungen auf die Verteidigung und Stärkung des „solidarischen Föderalismus“ und die Verwirklichung des Verfassungsgebotes für einheitliche Lebensverhältnisse gerichtet hat, erneut in einem Schnellverfahren im Bundestag durchgesetzt werden soll – wie schon die erste Stufe der Föderalismusreform? (...)

Ist es nicht dem Respekt vor der Demokratie geschuldet, Platz zu geben für eine breit angelegte öffentliche Information und Diskussion? Ist das nicht das Mindeste, wenn es um die Einheit der föderalen Republik und der deutschen Nation geht?

*Liebe Genossinnen und Genossen,*

**Liegt es nicht gerade auch bei Euch, – und würde es nicht Euren Erklärungen entsprechen –, mit größter Dringlichkeit in den jetzigen Sommermonaten eine Initiative zu ergreifen, die in der Lage ist, die breitesten Kräfte zu versammeln, Abgeordnete, Verantwortliche und Mitglieder der SPD, GewerkschafterIn-**

nen und ArbeitnehmerInnen, um die Republik zu retten; zur Verteidigung und Rückeroberung des Sozialstaates, zur Verwirklichung der sozialen Einheit Deutschlands?

Und wir sind überzeugt, dass Ihr euch damit auch die Erwartungen der Mehrheit der SozialdemokratInnen, der GewerkschafterInnen und der ArbeitnehmerInnen zu eigen macht.

Das sind unsere Fragen an Euch, über die wir mit Euch diskutieren wollen.

Wir würden uns freuen, wenn Ihr diese Anregung aufnehmt und uns einen Terminvorschlag für ein Treffen machen könnt.

**Michael Altmann** (SPD, Mitglied im AfA-Bezirksvorstand, ver.di)

**Gotthard Krupp** (SPD, Mitglied im AfA-Landesvorstand und im ver.di-Bezirksvorstand)

**H.-W. Schuster** (SPD, AfA-UB-Vorsitzender, ver.di)  
Frankfurt/Main, Berlin, Düsseldorf, den 14. Juli 2006



## „In der Großen Koalition ist keine sozialdemokratische Politik möglich“

Im Rahmen der Diskussion zur „Föderalismusreform“ machte der Bundesvorsitzende der AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD), Ottmar Schreiner, eine sehr bemerkenswerte Mitteilung, die für jedes SPD-Mitglied die Große Koalition hinreichend charakterisiert. Ottmar Schreiner schrieb, die „Schwerpunkte meiner Aktivitäten waren in den letzten Monaten: Mehrwertsteuerreform (im Bundestag dagegen gestimmt), Pendlerpauschale (im Bundestag dagegen gestimmt), Hartz-, ‚Optimierungs‘-Gesetz (im Bundestag dagegen gestimmt), Gesundheits- ‚Reform‘ (im Parteivorstand dagegen gestimmt)“.

Er weist darauf hin, dass „ein Teil dieser Themen – ergänzt um die ‚Rente 67‘ und die geplante Reform der Körper-

schaftssteuer – die Diskussion im Herbst bestimmen (wird)“. Der Vorsitzende der AfA versichert die Genoss/innen, dass er sich weiter sehr engagiert beteiligen werde.

Ottmar Schreiner übernimmt mit seiner Position und seinen Voten in Parteivorstand und Bundestag auch die Positionen der AfA, die die Bundeskonferenz im April diesen Jahres verabschiedet hat. Doch das ist heute unvereinbar mit den Anforderungen der Großen Koalition, die, das zeigt Ottmar Schreiners Abstimmungsbilanz, eine Politik gegen die Arbeitnehmer/-innen und ihre grundlegenden Interessen und Bedürfnisse exekutiert. In der Großen Koalition ist keine sozialdemokratische Politik möglich.

In unserem Beitrag zur Föderalismusreform vom März d.J. haben Michael

Altmann und ich geschrieben: „Die Große Koalition ist das politische Instrument, um die SPD in die Verantwortung für diesen Umsturz der verfassten Staatsordnung der Bundesrepublik zu zwingen. Muss da nicht die Kampagne gegen die Föderalismusreform zur Kampagne für den sofortigen Bruch der SPD mit der Großen Koalition werden? Ist das nicht der Weg zur Befreiung von der gesamten Antireformpolitik der EU und für die Rückbesinnung der SPD auf den Mehrheitswillen der Wähler am 18. 9. 05, auf die politische Interessenvertretung, für die sie als historische Partei der deutschen Arbeiterbewegung aufgebaut wurde?“ Stellt sich nicht heute diese Frage in aller Aktualität allen AfA-Genoss/-innen, allen SPD-Mitgliedern?

**H.-W. Schuster**

## Nichts ist endgültig entschieden! Verteidigen wir das Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse!

Auf den gemeinsamen Brief von Michael Altmann, Gotthard Krupp und mir (s. S. 3) gab es – trotz der parlamentarischen Sommerpause – erste wichtige Antworten und Zusagen für weitere Stellungnahmen.

Mehrere Abgeordnete haben zustimmend auf unseren Vorschlag, ein Gespräch anzuberaumen, reagiert.

**Angelika Graf** hat in ihrer Erklärung anlässlich der Abstimmung u.a. auf die Folgen für die Sozialgesetzgebung, zunächst die Pflegeversicherung, hingewiesen, nachdem das Heimrecht föderalisiert ist: „Konkret befürchte ich durch die Kompetenzverlagerung Verschlechterungen im Hinblick auf die Qualität von Pflege und Einschnitte bei den Verbraucherschutzrechten.“ Sie schlägt eine

gemeinsame Diskussion dieser Fragen vor. Den zur Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages geladenen Sozialexperten Harry Fuchs (s. »Soziale Politik & Demokratie« Nr. 146) will sie ebenfalls dazu einladen.

In ihrer Antwort schreibt **Bärbel Kofler**, sicherlich im Sinne auch der anderen SPD-Abgeordneten, dass die Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zentrales politisches Ziel und Verfassungsauftrag auch für die Zukunft bleiben muss. „Dafür werde ich mich auch in den anstehenden Beratungen über den zweiten, mindestens ebenso wichtigen Teil der Neuordnung des Föderalismus einsetzen.“ Sie erklärt ihre Bereitschaft zu dem angebotenen offenen Dialog und schlägt vor, weitere SPD-

Abgeordnete zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen.

Führen wir gemeinsam die Diskussion im gegenseitigen Respekt auch vor unterschiedlichen Positionen in sicherlich zentralen Einzelfragen.

Jetzt, im Vorfeld der Debatten um die 2. Stufe dieser Antireform, ist es sehr wichtig, alle Kräfte zusammenzufassen und zu bündeln, die verhindern wollen, dass über die Neuregelung der Bundesländer-Finanzbeziehungen die grundgesetzlich verankerte Verpflichtung auf die „Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse“ liquidiert wird und die als „sozialer und demokratischer Bundesstaat“ organisierte Bundesrepublik in die Zerrissenheit der Viel- und Kleinstaaterei geworfen wird. - **H.-W. Schuster**

## „Für eine radikale politische Umkehr der SPD in Berlin“

INTERVIEW mit **Gotthard Krupp** (SPD, Mitglied im AfA-Landsvorstand und ver.di-Bezirksvorstand)

**Frage:** Wie siehst Du die Situation jetzt 4 Wochen vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus?

**Gotthard Krupp:** Eine große Zahl von SPD-GenossInnen sind wie ich sehr besorgt über die Entwicklung in unserer Stadt, über die zunehmenden sozialen Verwerfungen, wachsende Arbeitslosigkeit und Armut, von denen immer größere Schichten der BürgerInnen erfasst werden. Das wurde für mich in vielen Gesprächen deutlich. Und wir können nicht die Augen davor verschließen, dass das auch die Folge und Bilanz einer Politik des Berliner Senats, von immer weitergehenden Kürzungen in den sozialen Bereichen, der Privatisierungen und Stellenstreichungen, des Tarifbruchs ist.

Das Wahlprogramm der SPD und die Erklärungen zur Wahl bestätigen diese bisherige Politik und gehen von ihrer weiteren Fortsetzung aus. Die Aussagen z.B. zum Stopp von Privatisierungen bleiben unverbindlich. Kann das eine Antwort auf die Forderungen der KollegInnen sein? Ich sehe darin vielmehr eine Zumutung für die ArbeitnehmerInnen, und es droht ein weiterer Zuwachs von Stimmenthaltungen gegenüber der SPD.

Deshalb habe ich auf dem Landesparteitag im Mai zur Begründung meiner Nein-Stimme zu dem von der Berliner SPD-Führung vorgelegten Wahlpro-

gramm die Frage aufgeworfen: Brauchen wir nicht dringend eine radikale politische Umkehr, eine Rückbesinnung auf die sozialdemokratischen Grundwerte? Nur so wird die Sozialdemokrati-

sche Partei das Vertrauen ihrer WählerInnen, der ArbeitnehmerInnen und der Jugend zurückgewinnen können.

**Frage:** Um welche Positionen geht es Dir dabei besonders?

**Gotthard Krupp:** Zum Beispiel, welche Antwort gibt die Berliner SPD den von Entlassung Bedrohten? Es muss für die 10.000en Entlassenen und die vielen von Entlassungen unmittelbar bedrohten Beschäftigten in der Industrie wie Hohn klingen, wenn in dem Wahlprogramm zu der Frage der Industriearbeitsplätze lediglich vermerkt wird, dass 3.000 neue Arbeitsplätze durch Neuanstellungen geschaffen wurden?

Das ist ein krasses Missverhältnis zur Realität, die einfach ausgeblendet ist, wenn man bedenkt, dass Berlin in den letzten 10 Jahren durchschnittlich 10.000 Arbeitsplätze jährlich in der Industrie verloren hat – nach Angaben des DGB Berlin-Brandenburg.

Ist es nicht die Verantwortung einer sozialdemokratischen Partei, den ArbeitnehmerInnen, den BürgerInnen dieser Stadt darauf eine Antwort zu geben?

Die Berliner AfA fordert „ein Verbot jeder Entlassung und Betriebsschließung“, die bekanntlich die Börsenkurse steigen lassen. „Wenn die Unternehmer dagegen handeln, muss ihnen die Entscheidung aus der Hand genommen und

die Stimmen der ArbeitnehmerInnen in dieser Stadt zurückgewinnen können.

**Frage:** Der SPD/PDS-Senat hat eine beispiellose Privatisierungspolitik betrieben, die weder vor den Krankenhäusern, den Kitas und Schulen, den kommunalen Wohnungen, der Wasser- und Energieversorgung und dem Nahverkehr usw. haltmacht. Kann es für Sozialdemokraten irgendeine Rechtfertigung für diesen Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge geben, z.B. mit dem Hinweis auf die leeren Kassen?

**Gotthard Krupp:** Zunächst eine Bemerkung zu den leeren Kassen.

Milliardensummen fließen an die Banken, die materielle Existenzgrundlage Berlins wird durch die Schuldzinsen zerstört, doch das SPD-Landeswahlprogramm gibt auch hier keine Antwort. Ist es nicht zu einer Überlebensfrage für die Stadt geworden, dass die Schulden gestrichen und die Schuldzinszahlungen von mittlerweile 2,6 Milliarden Euro jährlich annulliert werden?

In das SPD-Wahlprogramm wurde zweifellos unter dem Druck der SPD-Basis wie auch der GewerkschaftskollegInnen aufgenommen, dass eine volle Privatisierung von Vivantes oder ein weiterer Verkauf der Wasserbetriebe nicht in Frage kommt. Es soll geprüft werden, die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe rückgängig zu machen.

Doch das ist nichts Verbindliches. Tatsächlich treibt Finanzsenator Sarrazin die Privatisierung von Vivantes voran. In 8-10 Jahren will er sie auf einen Marktwert von 300-500 Millionen Euro bringen, damit sich der Verkauf lohnt. Das heißt weiterer Stellen- und Bettenabbau, sowie Einkommenskürzungen. Schon 4.200 Betten wurden allein bei Vivantes abgebaut.

Heißt aber nicht vielmehr der Auftrag an die KandidatInnen der SPD, sich für den Stopp und die Rücknahme aller Privatisierungsschritte einzusetzen? Vivantes muss zurück in die volle Verantwortung des Landes geführt werden, bei voller Ausfinanzierung durch den öffentlichen Haushalt, um so das Recht auf eine Krankenversorgung für alle zu sichern.

Mit der geplanten Privatisierung der Sparkasse übernimmt der Senat – unter dem Diktat der EU – eine Pilotfunktion bei der Zerschlagung des öffentlichen Bankensektors in Deutschland. Die Sparkasse wird dem Markt geöffnet für

(Forts. Seite 6)



Protestaktion von Krankenhaus-Beschäftigten im Oktober 2005

der Betrieb und die Arbeitsplätze unter staatlichen Schutz gestellt werden.“ Kann es einen anderen Ausweg geben? Diese Forderung richtet sich an die SPD und ihre KandidatInnen, dafür wird sie

die Jagd nach Rendite und für Spekulationsgeschäfte, was unvereinbar ist mit der bisherigen Verpflichtung auf Gemeinnützigkeit. Der Senat entscheidet gleichzeitig neue Privatisierungsmaßnahmen, Teilprivatisierungen und Ausgründungen, wie z.B. bei der Charité oder BVG.

Das kann keine Antwort z.B. auf die KollegInnen von ver.di sein, die auf einer Berliner ver.di-Konferenz zu den Privatisierungsfolgen den Stopp aller weiteren Privatisierungen, Teilprivatisierungen und Ausgründungen und die Rekommunalisierung bereits verkaufter Unternehmen gefordert haben.

**Frage:** In dem SPD-Wahlprogramm steht auch, dass die SPD den Verkauf von Paketen der kommunalen Wohnungsbestände ablehnt?

**Gotthard Krupp:** Was heißt von „Paketen“? Der Verkauf von weiteren Wohnungen ist damit nicht ausgeschlossen.

Tatsächlich aber hat der »Tagesspiegel« vor kurzem gemeldet, dass der Verkauf eines „Pakets“ von 15.000 Wohnungen der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft Mitte (WBM) nach der Wahl vom SPD/PDS-Senat beschlossene Sache sei. Das wurde meines Wissens nach bisher nicht dementiert. Begründet wird der Verkauf damit, dass nur so die Insolvenz abgewendet werden könnte. Doch die Überschuldung der WBM wie der anderen Wohnungsbau-Gesellschaften ist vor allem die Folge der systematischen Plünderung durch den Senat. Allein zwischen 1991 und 2001 wurden über In-sich-Verkäufe 2-3 Milliarden Euro den Wohnungsbaugenossenschaften entzogen und sind in den Haushalt geflossen.

Der soziale Wohnungsbestand ist eine Errungenschaft, die mit der SPD und den Gewerkschaften erkämpft wurde. Ist es nicht die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, diese Errungenschaft zu verteidigen und für die Wiederherstellung des sozialen kommunalen Wohnungsbestandes einzutreten, der dem Wettbewerb entzogen und nicht dem Profit unterworfen werden darf? Damit wird einem großen Teil der Berliner Bevölkerung das Recht auf bezahlbare soziale Wohnungen gegeben.

**Frage:** Wie kann denn in Berlin eine solche Politik, d.h. eine wirklich sozialdemokratische Politik, gemacht werden unter den Vorgaben der Bundesregierung und der EU, die z.B. Haushaltskürzungen verlangen?

**Gotthard Krupp:** Genau deshalb müssen die SozialdemokratInnen in Berlin, auch die SPD-Abgeordneten, Nein

sagen zur Föderalismusreform, durch die das Verfassungsgebot der Wahrung einheitlicher Lebensverhältnisse aufgehoben werden soll. Mit der 2. Stufe dieser Reform soll die Beistandspflicht des Bundes fallen.

In diesem Rahmen setzen Ministerpräsidenten wie Milbradt von Sachsen alles daran, in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht um Bundeszuschüsse für Berlin noch weiterreichende Schritte des Sozialabbaus von Berlin zu erpressen. Hier erleben wir einen ersten Hauch von dem, was mit der Föderalismusreform auf Berlin zukommt. Finanzsenator Sarrazin hat anlässlich dieses Verfahrens denn auch schon erklärt, dass „Berlin auch noch härtere Auflagen akzeptieren wird“. Wohin soll das noch führen? Soll Berlin in eine noch schlimmere Entwicklung hin zum Armenhaus in Deutschland gestoßen werden, das durch die Föderalismusreform weiter sozial zerrissen und aufgespalten werden soll?

**Frage:** Welche Aufgaben siehst Du für die SPD und ihre KandidatInnen in diesem Wahlkampf?

**Gotthard Krupp:** Die politische Verantwortung der SPD als historische Partei der ArbeitnehmerInnen liegt doch darin, allen BürgerInnen das Recht auf verantwortungsvolle Gesundheitsversor-

gung, das Recht für alle Kinder auf einen Kitaplatz und das Recht auf einen Studienplatz, bezahlbare Wohnungen, Nahverkehr, Strom und Wasser durch die volle Finanzierung dieser Aufgaben aus dem öffentlichen Haushalt zu garantieren, d.h. für die Rücknahme aller Haushaltskürzungen und Privatisierungsmaßnahmen einzutreten. Die öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht dem Wettbewerb, wie es die EU verlangt, ausgeliefert werden.

Das sind die Forderungen und Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend in Berlin, für die die SPD aufgebaut wurde und die sie zu ihrem Auftrag, ihrem Mandat machen muss, auf die sie sich verpflichten muss, wenn sie ihrer Tradition als politische Vertretung der Arbeitnehmerinteressen entsprechen will. Und das ist der Weg, um Berlin, die Hauptstadt des vereinten Deutschlands, vor dem sozialen Verfall zu retten.

Wenn sich die SPD und ihre KandidatInnen auf diesen Auftrag verpflichten, wird die Sozialdemokratische Partei das Vertrauen unserer WählerInnen, der arbeitenden Bevölkerung, der Jugend zurück gewinnen und eine klare Mehrheit für eine SPD-Regierung in Berlin erreichen.

## Berliner AfA-GenossInnen fordern: Hände weg von BVG und S-Bahn!

Seit über 10 Jahren wurden in den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG), Anstatt des öffentlichen Rechts (AöR), wie vom Senat gefordert, 16.000 Arbeitsplätze vernichtet, mit spürbaren Leistungseinschränkungen. Jetzt wird die BVG erneut vom Senat mit einer dramatischen „Verschuldungs“-bilanz zu Einsparungen beim Personal und zu Fahrpreiserhöhungen gezwungen. (...)

Die Kürzung der sog. Regionalisierungsmittel bedeutet eine Katastrophe für einen Großraum wie Berlin-Brandenburg, dem bis 2009 fast 200 Millionen Euro entzogen werden. Gleichzeitig zwingt der Senat die S-Bahn in einem Verkehrsvertrag zur Ausschreibung von Verbindungen und wird von der Bundesregierung der Börsengang der Bahn vorbereitet. Diese folgen damit einer neuen Verordnung der EU (...). 51.000 BerlinerInnen haben mit der Kampagne der S-Bahner „Berliner! Schützt Eure S-Bahn“ eindrucksvoll gezeigt, dass sie nicht bereit sind, die S-Bahn dem Wettbewerb preiszugeben.

Die AfA-GenossInnen sehen die Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen als Auftrag der SPD und ihrer KandidatInnen. D.h. einzutreten für

- die ausreichende Finanzierung durch den öffentlichen Haushalt zur Sicherung der BVG einschließlich ihrer Entschuldung. Kein weiterer Stellenabbau und keine Ausschreibung von Konzessionen in Berlin!

- das Recht auf bezahlbaren Zugang zu den Leistungen der BVG und der S-Bahn für alle BürgerInnen. Erhalt des Sozialtickets!

- den Stopp der Privatisierung und der Ausgliederungen von Einrichtungen der Öffentlichen Daseinsvorsorge, bzw. ihre Rekommunalisierung: Das gilt für den ÖPNV wie für Vivantes und die Charité, die BSR, die Wasserbetriebe, die Kitas und die Messe.

*Die AfA Friedrichshain-Kreuzberg lädt ein zur Diskussion am 30. August 2006 um 19.00 Uhr in den Räumen von Transnet, Revaler Straße 100.*

Henning Frey (SPD, GEW)

## Können SPD und Gewerkschaften es zulassen, dass das System der gesetzlichen Krankenkassen zerschlagen wird, um die Kriterien des Maastrichter Vertrages zu erfüllen?

Unmittelbar nach der Abstimmung über die Föderalismusreform in Bundestag und Bundesrat hat die Regierung der Großen Koalition ihre Eckpunkte für eine weitere „Reform“ des Gesundheitswesens in Deutschland vorgelegt.

Kernpunkt dieser Antireform: Die Beiträge der Versicherten in den gesetzlichen Krankenkassen sollen in Zukunft in einen Gesundheitsfonds einbezahlt werden, aus dem dann die Kassen wiederum pro Versicherten einen bestimmten Pauschalbetrag erhalten. Sowohl über die Höhe des Beitragssatzes als auch über die Höhe des Pauschalbetrags sollen künftig Regierung und Parlament entscheiden, also die politischen Parteien.

Dieser Vorschlag bedeutet nichts anderes als das, was der langjährige ÖTV-Verantwortliche im Gesundheitsbereich, Harry Fuchs, in einem Interview auf der Homepage des ver.di-Fachbereichs 3 deutlich macht: „Durch den Fonds wird den Kassen der Zugang und der Einfluss auf ihre Finanzierung genommen. Dadurch werden die gesetzlichen Krankenkassen zur Mumie, die am Tropf hängt. Mit dieser Reform sollen offensichtlich die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Krankenkassen zu privatisieren.“

So wie durch die Föderalismusreform die demokratische Verfassung Deutschlands demontiert wurde, indem der Grund-

satz der Einheitlichkeit und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Deutschland des Grundgesetzes ausgehebelt wurde, so soll jetzt diese neue „Reform“ ein Kernelement der „sozialen“ Verfassung Deutschlands außer Kraft setzen, das in der Selbstverwaltung der gesetzlichen Sozialversicherungen besteht.

Mit der Schaffung des Gesundheitsfonds geht auch die gleichzeitige massive Kürzung der Mittel einher, die bislang aus dem Bundeshaushalt in die Krankenkassen einbezahlt wurden. Der Bundeszuschuss wird um 60% um einen Betrag von 2,7 Milliarden Euro gekürzt. Alles das geschieht, um die Auflagen des Stabilitätspaktes und des Maastrichter Vertrages der EU zu erfüllen.

SPD und Gewerkschaften stehen vor einer großen Herausforderung: Kann es sein, dass das System der gesetzlichen Krankenversicherung aufgrund des Diktats der EU zerstört wird?

Die große Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder, der ArbeitnehmerInnen und der SozialdemokratInnen können und wollen damit nicht einverstanden sein. Das haben schon die ersten Demonstrationen der Beschäftigten der Krankenkassen am 26. Juli in mehreren Städten in Deutschland gezeigt.

## Die Inhalte des in der Großen Koalition verhandelten Eckpunktepapiers

**1.** Mit der Einrichtung eines Gesundheitsfonds haben die gesetzlichen Krankenkassen keine direkte Verfügungsgewalt über ihre Einnahmen mehr. Dadurch will die Regierung den Wettbewerb unter den Kassen anheizen und verschärfen.

**2.** Der Gesundheitsfonds soll zu 90-95% aus Beitragseinnahmen finanziert werden. Der restliche Betrag soll aus Haushaltsmitteln, z.B. zur Finanzierung der Mitversicherung von Kindern, in den Fonds fließen.

**3.** Mit der Einrichtung des Gesundheitsfonds kürzt die Regierung die Mittel aus dem Bundeshaushalt für die Krankenkassen um 2,7 Mrd. um 60%.

**4.** Die Beiträge zu den gesetzlichen Krankenkassen werden nicht mehr von den Krankenkassen festgelegt, sondern von Regierung und Parlament, also den politischen Parteien.

**5.** Die Kassen erhalten unter Berücksichtigung eines „Strukturausgleichs“ zwischen den Kassen pro Mitglied einen Pauschalbeitrag aus dem Gesundheitsfonds, der ebenfalls von Regierung und Parlament festgesetzt wird. Reichen die Einnahmen aus den

Pauschalen nicht aus, um die Behandlungs- und Versorgungsausgaben zu decken, müssen die Kassen einen gesonderten Beitrag von ihren Mitgliedern von bis zu einem Prozent des Bruttolohns erheben. Das kommt der Einführung der CDU-Kopfpauschale durch die Hintertür gleich.

**6.** Die Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenkassen durch die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber wird faktisch aufgehoben, da die aus den Sozialwahlen hervorgegangenen Selbstverwaltungsgremien weder souverän über die Beitragshöhe zur Finanzierung der Ausgaben der Kassen, noch souverän über die Ausgaben pro Mitglied entscheiden können, die auf die Höhe der Pauschale festgesetzt werden.

**7.** Private Krankenversicherungen können einen Basistarif mit einem Leistungskatalog entsprechend dem gesetzlichen einrichten; damit erhöht sich der Druck auf die gesetzlichen Kassen, weil für die freiwillig in den gesetzlichen Kassen versicherten Arbeitnehmer mit einem Lohn oberhalb der Versicherungspflichtgrenze bei einem Wechsel zur Privaten Krankenversicherung der Arbeitgeberbeitrag entfällt.

**8.** Die Krankenhausbudgets werden um 2,5% bzw. 1,25 Milliarden Euro gekürzt. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus: • 500 Millionen Euro (1-Prozent-Zwangsabgabe), • 500 Millionen Euro (Verlängerung Anschubfinanzierung Integrierte Versorgung), • 250 Millionen Euro (neue Anschubfinanzierung für hochspezialisierte Leistungen).

**9.** Bei den gesetzlichen Krankenkassen, die bisher auch den Beitragseinzug für die **gesetzliche Renten- und Arbeitslosenversicherungen** übernommen haben, sind durch die Einführung des Gesundheitsfonds 30.000 Arbeitsplätze gefährdet, weil der Beitragseinzug jetzt durch den Gesundheitsfonds direkt übernommen wird; die **Abwicklung des gesamten Ein- und Auszahlungsverfahrens der gesetzlichen Sozialversicherung wird gefährdet.**

**10.** Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung werden von jetzt durchschnittlich 14,2 auf 14,7% erhöht. Der bisherige Beitrag von 14,2% teilte sich auf in den Arbeitgeberbeitrag von 6,65%, den Arbeitnehmerbeitrag von 6,65% zuzüglich eines Sonderbeitrags von 0,9% der Arbeitnehmer.

## STIMMEN ZU DEN ECKPUNKTEN ZUR GESUNDHEITSREFORM:

## „Die Selbstverwaltung wird zu einer leeren Hülle“

**Harry Fuchs:****Die Kassen werden ihrer eigenen Finanzen beraubt**

„Durch den Fonds wird den Kassen der Zugang und der Einfluss auf ihre Finanzierung genommen. Dadurch werden die gesetzlichen Krankenkassen zur Mumie, die am Tropf hängt. Mit dieser Reform sollen offensichtlich die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Krankenkassen zu privatisieren.“

Da sind zwei Strategien, die offenbar verfolgt werden: Durch den Fonds werden die Kassen ihrer eigenen Finanzen beraubt. Sie können nicht mehr über die Höhe der Beiträge bestimmen, sondern der Staat regelt, wie viel Geld die Kassen zum Haushalten bekommen. Dadurch

werden die Kassen zu Befehlsempfängern der Politik. Wenn das dann – erwartungsgemäß – nicht funktioniert, wird man als Ursache ‘Managementmängel’ beklagen und die öffentlich-rechtliche Organisationsform in Frage stellen. Das ist die eine Strategie.

Das andere betrifft die Selbstverwaltung. Sie wird ausgehöhlt. Künftig sollen die Kassen zu Dachverbänden zusammengeschlossen werden – ein Verband auf Bundesebene und je ein Verband auf Landesebene. Die Dachverbände entscheiden auf Bundesebene zum Beispiel über Kollektiv- und Rahmenverträge und auf Landesebene über alle kollektiven Vertragsbeziehungen und damit im wesentlichen über das

Ausgabenvolumen der Kassen.

Da die Leistungen im Einzelfall durchweg auf einer ärztlichen Verordnung beruhen, bleibt den Kassen selbst kaum noch was übrig, das sie allein entscheiden können.

Und damit wird auch die Selbstverwaltung zu einer leeren Hülle. Denn sie hat eigentlich nichts mehr zu bestimmen. Ein seit Jahrzehnten bewährtes Prinzip wird ausgehöhlt. In den Dachverbänden sollen nur noch Hauptamtliche sitzen, die weisungsunabhängig sind. Sie müssen sich nicht mehr gegenüber den gewählten ehrenamtlichen Selbstverwaltern rechtfertigen. Und sie können von den Ehrenamtlichen auch nicht an Entscheidungen zum Nachteil der Versicherten gehindert werden.“ (Harry Fuchs, ehem. ÖTV-Verantwortlicher, heute freier Gesundheitsexperte)

**Dokument**

ver.di-Vertrauensleute der Rheinischen Kliniken Köln  
zur innergewerkschaftlichen Diskussion:

**Erfüllt der Tarifabschluss der ver.di-Führung mit der VKA die Forderungen und Ziele, die wir als Beschäftigte in den Krankenhäusern (...) haben? Haben die Ärzte nicht recht, wenn sie sich mit ihrem Streik den politisch erzwungenen Kürzungen in den Krankenhäusern widersetzen?** (Auszüge)

3. 8. 2006

(...) Uns stellen sich bei dem neuen Abschluss für die kommunalen Krankenhäuser folgende Fragen:

– Die Ärzte erhalten eine Lohnerhöhung von 10%, Basis ist die 40-Std.-Woche einschließlich der Jahreseinmalzahlung. Faktisch sind es deshalb nur 1,2% Erhöhung oder ca. 38,- Euro brutto pro Monat (Berufseinsteiger TVöD bei 38,5 und einer 60%igen Jahreseinmalzahlung: 3060,- Euro; neuer Abschluß bei 38,5 ohne Einmalzahlung 3272,50 Euro; neuer Abschluß bei 40 ohne Einmalzahlung 3400,- Euro). Können wir das als Erfolg feiern?

– Die Beschäftigten in den Entgeltgruppen 5-13 bekommen 35,- Euro brutto pro Monat als Zulage und in den Entgeltgruppen 1 bis 4 nur 12% der jeweiligen Stufe 2 als Jahreseinmalzahlung (ein Arbeiter, der früher in BMT-G Lohngruppe 1 eingestuft wurde, jetzt in die neu eingeführte Niedriglohngruppe EG 1 eingestuft wird und der die größten Verluste hat, bekommt 12,68 brutto mehr pro Monat). Kann man ernsthaft behaupten, dass so die Verluste ausgeglichen werden, die wir alle hatten... und dies angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten, der Energiepreise?

Unter diesen Umständen haben wir vollstes Verständnis dafür, wenn Kolleginnen und Kollegen ihre Unzufriedenheit mit diesem Abschluss äußern und die Ärzte ihren Streik fortsetzen wollen.

Wäre es deshalb nicht besser, wenn die ver.di-Führung, anstatt die Ärzte der Spaltung und des Eigensinns zu beschuldigen, den Streik der Ärzte für ihre Forderungen unterstützen würde?

Man kann den Ärzten nicht vorwerfen, dass ihre Forderungen im Rahmen eines gedeckelten Budgets zu Lasten der anderen Beschäftigten gehen. Vielmehr ist das eigentliche Problem das gedeckelte Budget selbst. Viele fragen sich, wie lange die ver.di-Führung die Deckelung und sogar Kürzung der Budgets noch akzeptieren will?

Ist der Streik der Ärzte nicht ein Stützpunkt dafür, dass alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes gemeinsam ihre Forderungen durchsetzen können und entgegen der ganzen Zersplitterung bei den Arbeitszeiten und der Bezahlung wieder zu einem einheitlichen Flächentarifvertrag kommen? (...)

**Kontakt: Kerstin Bunz (ver.di-Vertrauensleutesprecherin)**

**Klaus Kirschner** (ehem. Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Gesundheitspolitik):

**Die Politik wird sich aus diesem Topf bedienen**

„(...) Dieses Defizit hat mehrere Ursachen: der Bund streicht in zwei Stufen den erst 2004 eingeführten Bundeszuschuss an die gesetzlichen Krankenkassen, der in diesem Jahr zum ersten Mal in voller Höhe von 4,2 Milliarden Euro fließt. (...)

Nun geht die Politik her und streicht diesen Zuschuss. Gleichzeitig wird die gesetzliche Krankenversicherung ab 2007 mit etwa 900 Millionen Euro durch die vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung auf 19 Prozent belastet. Damit ist für das kommende Jahr ein Defizit in Höhe von 3,6 Milliarden Euro und für 2008 von 5,1 Milliarden Euro programmiert.

Nun wird darüber fabuliert, einen Teil der Gesundheitsausgaben über Steuern zu finanzieren. Wir können uns leicht ausmalen, wie die Zukunft aussehen wird: Immer, wenn im Bundeshaushalt Geld fehlt, werden die Politiker auf diesen Steuertopf schießen, und sie werden sich aus diesem Topf bedienen. Deshalb bin ich sehr skeptisch, was eine Steuerfinanzierung betrifft.

Und welche Steuern sollen es sein: Mehrwertsteuer, Gesundheitssoli oder Ergänzungsabgabe? Damit würde sich die Belastung weiter zu den Massensteuern verlagern, bei gleichzeitiger Entlastung der Wirtschaft.“



## Die Ärzte beugen sich nicht den politischen Vorgaben zur Zerstörung der Krankenhäuser Ist ihr Streik nicht ein Stützpunkt für den vereinten Widerstand?

Die Krankenhäuser kommen nicht zur Ruhe. Der Streik der Ärzte dauert an. Mit großer Überraschung haben Kolleginnen und Kollegen aus dem ärztlichen und dem nicht-ärztlichen Bereich der Krankenhäuser zur Kenntnis nehmen müssen, dass von der ver.di-Führung praktisch über Nacht ein Abschluss mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) abgeschlossen wurde. „Der Tarifvertrag enthält nichts von dem, was wir seit Monaten gefordert haben“, sagte ein

Arzt bei einer Kundgebung der Ärzte des Landschaftsverbands Rheinland am 3. August vor der Zentralverwaltung des LVR. Diese und andere Streiks der Ärzte haben sich nach dem 1. August sogar noch ausgeweitet, weil die Ärzte den Abschluss zwischen der ver.di-Führung und der VKA ablehnten. Aber auch innerhalb von ver.di hat der Abschluss zu Ablehnung geführt. Dafür steht auch der Beschluss der Vertrauensleute der Rheinischen Klinik Köln, die den Streik der Ärzte

als einen Stützpunkt für den Widerstand aller Beschäftigten ansehen. Dieser Beschluss wurde auch von den Ärzten, mit denen die »Soziale Politik & Demokratie« am 3. August auf der Demonstration Interviews gemacht hatte, begrüßt. Im Anschluss veröffentlichten wir die Interviews. Die »Soziale Politik & Demokratie« will unterstützen, dass der Kampf aller Beschäftigten im Öffentlichen Dienst für einen gemeinsamen Tarifvertrag wieder möglich wird. - H. F.

### INTERVIEW:

#### „Bei dem neuen Abschluss kommt es zu genau den gleichen Einbußen wie beim TVöD!“

• **Können Sie kurz erklären, warum Sie heute hier sind?**

• **Kollege RKB:** Es gibt mehrere Gründe. Der Streik richtet sich gegen den neuen Tarifvertrag, der für die Kollegen mehrere hundert Euro Gehaltseinbußen bedeutet, es bewegt sich so zwischen 20 und 30%. Der Streik richtet sich gegen die schlechten Arbeitsbedingungen mit unbezahlten Überstunden, mit zu viel Bürokratie, bei der zu wenig Zeit für die Patientenbehandlung bleibt.

• **Was sagen Sie zu dem Abschluss zwischen ver.di und der VKA?**

• **Kollege RKB:** Dazu kann ich nur sagen, dass wir durch den Marburger Bund vertreten werden und nicht durch ver.di. Der VKA hat mit ver.di verhandelt, obwohl ver.di die Ärzte gar nicht vertritt.

• **Und was bedeutet Ihrer Meinung nach der Abschluss inhaltlich?**

• **Kollege RKB:** Inhaltlich bedeutet der Abschluss, dass es zu den genau gleichen Einbußen kommt, wie bei dem Tarifvertrag TVöD. Wir lehnen den TVöD ab und wollen einen eigenen Tarifvertrag mit der VKA aushandeln.

• **Was ist dabei das Ziel?**

• **Kollege RKB:** Das Ziel ist eine adäquate Vergütung für hochqualifizierte Arbeit.

• **Glauben Sie, dass Sie das Niveau vom BAT nochmal erreichen?**

• **Kollege RKB:** Der BAT wäre das Ziel. Es wird aber wahrscheinlich schwierig werden. Wir wollen zumindest den Abschluss, der auch für die Unikliniken gilt.

### GESPRÄCH mit

zwei jungen Ärzten:

#### „Das mit der Spaltung ist bald wie in einem Fürstenstaat: Ost, West, Kommunen...“

#### Notwendig wäre wieder ein Flächentarifvertrag!“

Gegen die Demonstration der Ärzte gab es z.T. heftigen Widerstand der Krankenhausleitungen. So berichteten Ärzte, dass z.B. die Krankenhausbetriebsleitung Bedburg-Hau allen Teilnehmern mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht habe. Trotzdem nahmen rund 150 Kolleginnen und Kollegen aus dem ärztlichen Bereich an der Kundgebung teil.

Eine Kollegin sagte: „Mein Ziel ist, meine Arbeitsbedingungen zu verbessern. Geld ist eine Sache, aber ich möchte nicht mehr so viele unbezahlte Überstunden machen. Wenn ich Überstunden mache, möchte ich sie bezahlt bekommen, und ich möchte für die Patienten eine bessere Behandlung.“

Die beiden Kollegen sehen auch das Problem, dass die Ärzte und die anderen Beschäftigtengruppen gegeneinander ausgespielt werden: „Ich sehe, dass ein Keil zwischen die Berufsgruppen getrieben wird.“ Zur Frage, wer die Verantwortung für diese Spaltung hat, meinen sie: „Je nach Standpunkt! Man kann sagen: die Ärzte treiben den Keil da rein. Warum geben sie sich nicht zufrieden damit, was wir erreicht haben. Man kann aber auch sagen: es ist die Politik, die den Keil da rein treibt, wenn eine Berufsgruppe stärkere Einbußen hinnehmen muss als die andere. Und wir sind nicht bereit, die hinzunehmen!“ Empört sind die beiden über die Art und Weise, wie die ver.di-Führung sich verhält:

„Man kann ja nicht sagen, die anderen werden auch so schlecht bezahlt, jetzt nimm das mal so hin.“

Und ich denke auch, dass ver.di, die heute Zettel in den Krankenhäusern verteilt und sagt: das Pflegepersonal wird verkauft, üble Stimmungsmache betreibt.“

Für sie ist es sehr wichtig zu hören, dass es innerhalb von ver.di Kollegen gibt, die eine andere Position haben und es zurückweisen, den Ärzten vorzuwerfen, unter den Bedingungen des gedeckelten Budgets würden sich ihre Forderungen gegen die anderen Beschäftigten richten. Vielmehr ist das gedeckelte Budget selbst das Problem.

Die Ärztin antwortete sofort spontan darauf: „Ja, genau. Ich kämpfe auch gegen die Politik im Gesundheitswesen.“ Und beide Kollegen bestätigen auch, dass das eine Basis dafür ist, dass die Berufsgruppen wieder zusammenkommen können:

„Ja, genau. Heute gibt es schon eine Spaltung zwischen den Ärzten in Ost und West, zwischen Land und Kommunen. Das ist wie in einem Fürstenstaat mit tausend unterschiedlichen Bestimmungen. Und irgendwann kriegen einige Kliniken überhaupt keinen Arzt mehr. Notwendig wäre wieder ein Flächentarifvertrag.“

### INTERVIEW mit einem Assistentensprecher:

#### „Der Tarifvertrag, von dem wir weiter ausgehen, ist der BAT!“

• **Was sagen Sie zu dem Abschluss zwischen VKA und ver.di?**

• Das ist ein Affront gegenüber unserer Gewerkschaft, dem Marburger Bund. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass die Arbeitgeber sich ihren Tarifpartner aussuchen können. Die müssen mit demjenigen verhandeln, der die Interessen der Arbeitnehmer vertritt.

Der Abschluss ist weiterhin eine  
(Forts. S. 10)

Mogelpackung. Es soll verkauft werden, dass Einkommenserhöhungen erkämpft wurden. Das Gegenteil ist der Fall. Der Tarifvertrag, von dem wir weiterhin ausgehen, das ist der BAT. Und gegenüber diesem Tarifvertrag sind Einkommenseinbußen von 15% vorgesehen und das, obwohl wir in den letzten 10 Jahren ohnehin von der Einkommensentwicklung abgekoppelt waren.

• **Ver.di-Vertrauensleute der Rheinischen Kliniken Köln sagen, dass man den Ärzten nicht vorwerfen kann, die Forderungen der Ärzte gingen bei dem gedeckelten Budget zu Lasten der übrigen Beschäftigten. Das eigentliche Problem sei das gedeckelte Budget?**

• Das ist ganz genau richtig. Es ist nicht unser Ziel, auf Kosten anderer Beschäftigter unser Scherflein ins Trockene zu tragen. Es ist ganz klar, dass diese Deckelungen weg müssen, wenn man die Bevölkerung weiter adäquat versorgen will. Da muss man die notwendigen Ressourcen bereitstellen. Wir sehen ja in unserer täglichen Arbeit, wie auch die Pflegekollegen in Not sind – und wenn wieder eine gemeinsame Vertretung möglich wäre, wären wir sicherlich dabei. Wir wissen aus der gemeinsamen Arbeit, dass die Pflegekollegen genauso unzufrieden sind mit dem TVöD. Sie wissen nur nicht, wie sie sich verhalten können.

**INTERVIEW mit einem Psychiater: „Immer mehr Patienten, immer kürzere Liegezeiten, die Stellensituation hat sich stetig verschlechtert!“**

• **Warum sind Sie hierher gekommen?**

• Ich bin hier beim Landschaftsverband als Psychiater beschäftigt, und die Streikaktionen, an denen sich die Psychiatrischen Kliniken des Landschaftsverbands Rheinland beteiligen, sollen zum einen eine Solidaritätsbekundung für alle anderen sein, und zum anderen zum Ausdruck bringen, dass die eigenen Arbeitsbedingungen ebenfalls nicht ideal sind, und man kann an manchen Stellen sogar sagen, sehr sehr schlecht sind.

Die Stellensituation ist in den fünf Jahren, in denen ich beim LVR beschäftigt bin, stetig schlechter geworden. Es kommen immer mehr Patienten, immer kürzere Liegezeiten, auch immer weniger Ärzte. Es werden in der Regel 40 bis 50 Patienten von einem Arzt in der Kli-

## „Föderalismusreform“ – Fortsetzung im Rahmen der „Gesundheitsreform“

Die von der Großen Koalition gegen energische Widerstände aus Gewerkschaften und der SPD, bis hinein in die Bundestagsfraktion durchgesetzte „Föderalismusreform“ zerreißt die Strukturen des kooperativen Föderalismus. Die Sozialgesetzgebung soll jetzt dem „Wettbewerbsföderalismus“, wie ihn die EU fordert, angepasst werden. Denn kaum ist die „Föderalismusreform“ durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht worden, geht es um die weitere konkrete Umsetzung dieser „Mutter aller Reformen“: In engster Abstimmung mit Merkel hat U. Schmidt ihre „Eckpunkte für eine Gesundheitsreform“ vorgelegt, in deren Rahmen ein sgn. Gesundheitsfonds geschaffen werden soll.

Während der Juso-Vorsitzende B. Böhning zu Recht fürchtet, dass die Krankenkassen „die Jagd auf junge, gesunde und damit kostengünstige Ver-

sicherte“ eröffnen und Alte, Arme und chronisch Kranke dagegen künftig von den Kassen abgewimmelt würden, gehen Baden-Württemberg und Bayern im Sinne der soeben beschlossenen „Föderalismusreform“ konsequent vor: „Leistung muss sich lohnen“, betont der baden-württembergische Bundesratsminister Reinhart und fordert, dass der Gesundheitsfonds so ausgestaltet werden müsse, dass Länder mit „hohen Löhnen, guten Strukturen und wenigen Arbeitslosen nicht durch Mittelentzug bestraft würden“.

„Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens wird sich Baden-Württemberg dafür einsetzen, dass sowohl bei der Beitragserhebung als auch bei der Mittelzuweisung aus dem Fonds regionale Strukturen Berücksichtigung finden“, kündigt Reinhart im Verein mit Bayern an. - HWS



nik versorgt. Der Punkt der Bezahlung, wenn man sich EU-weit vergleicht mit anderen Ärzten oder auch akademischen Berufen, ist sicherlich auch ein Grund, warum ich den Streik unterstütze und weswegen ich mich heute hier beteilige.

• **Was sagen Sie zu dem Abschluss ver.di / VKA?**

• Das ist eine gute Frage. Ich kann eigentlich nur empörend finden, dass sich ver.di., – die vielleicht 1000 Ärzte vertritt im Vergleich zum Marburger Bund, der über 100.000 vertritt –, herausnimmt, zu einem Tarifabschluss zu kommen, der natürlich nichts mit dem

zu tun hat, was die Ärzte in den letzten Monaten gefordert und z.B. an den Unikliniken mit der TdL vereinbart haben. Wir wollen, dass die kommunalen Krankenhäuser einen arzt-spezifischen Tarifvertrag vereinbaren. Wenn man sich heute als Arzt nicht jetzt daran beteiligt, braucht man auch nicht mehr den Mund aufzumachen für bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung.

• **Kann man denn sagen, dass Sie zurückwollen zum BAT-Niveau?**

• Das stimmt. Ich denke, ein Großteil derer wären schon zufrieden, wenn das Niveau wieder erreicht würde.

## Vorbereitung einer internationalen Konferenz: „Solidarität mit allen palästinensischen Frauen“

Auf diesen Seiten drucken wir den Aufruf der palästinensischen Frauen von Nazareth ab, der von der Zeitschrift »Dialogue« (1) veröffentlicht wurde. Außerdem hat Louisa Hanoune, Abgeordnete der Nationalen Volksversammlung Algeriens und Generalsekretärin der Arbeiterpartei PT Algeriens, in einem Brief an die Redaktion »Dialogue« vorgeschlagen, eine „internationale Konferenz: Solidarität mit allen palästinensischen Frauen“ im November 2006 in Algerien zu organisieren. Der Brief von Louisa Hanoune und weitere Dokumente über diese Initiativen können über Carla Boulboullé, Fax-Nummer: 030 / 313 16 62 E-Mail: Carla.Boulboullé@t-online.de bezogen werden.

### Der 2. Brief von Louisa Hanoune, Abgeordnete der PT Algerien, an das Redaktionskomitee von »Dialogue« (Auszüge)

»Liebe Freunde,

am 3. Juli 2006 demonstrierten palästinensische Arbeiterfrauen ein drittes Mal in Nazareth gegen den Wisconsin-Plan. Sie trugen dabei ein Plakat, auf das sie geschrieben hatten: „Sie haben uns unser Land gestohlen, jetzt stehlen sie uns die Arbeit!“ (...) Ein Unterzeichner des Appells der palästinensischen Frauen, der auch die Einberufung einer internationalen Konferenz in Algier unterstützt, erklärte seine Solidarität mit ihnen mit dem zornigen Ausruf: „Und heute nehmen sie ihnen auch noch das Leben!“

Wer könnte in Abrede stellen, dass die israelische Regierung einen Krieg der Vernichtung und der totalen Zerstörung gegen das palästinensische und das libanesische Volk führt, dessen

(1) »Dialogue« ist eine Zeitschrift für die Diskussion zwischen jüdischen und arabischen KollegInnen in Palästina, die sich für das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Heimkehr einsetzen und über politische Lösungen diskutieren wollen. Sie erscheint in Arabisch, Hebräisch, Englisch und Französisch und wird regelmäßig über die Vorbereitung der Internationalen Konferenz informieren. Das Jahresabonnement für 4 Ausgaben kostet 15 Euro.

Zeitschrift »Dialogue«, 87, rue du Faubourg-Saint-Denis, 75010 Paris, Frankreich.  
E-Mail: dialoguereview@yahoo.com

Ergebnis ein apokalyptisches Chaos ist?

Allein am 28. Juli wurden von der israelischen Armee mehr als 300 Bomben und Raketen auf libanesische Städte und Dörfer abgefeuert. Seit dem 12. Juli wurden mehr als 600 Zivilisten getötet, darunter viele Kinder. Nahezu 800.000 Menschen wurden zur Flucht gezwungen. Gleichzeitig dauerte die Bombardierung Gazas an und forderte in drei Tagen 31 Opfer. (...)

**Haben wir nicht das Recht, dieses als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu qualifizieren? Wer wollte das Gegenteil behaupten?**

Die Dokumentation, die mir die palästinensischen Frauenorganisationen für die Vorbereitung der internationalen Konferenz übermittelt haben, belegt, dass die palästinensischen Frauen – egal ob sie wie die Frauen von Nazareth innerhalb der Grenzen von 1948 leben, im Gaza-Streifen, im Westjordanland oder in einem der Flüchtlingslager – alle unter den gleichen, für jedes menschliche Wesen unhaltbaren und unerträglichen Lebensbedingungen leiden.

Und zu diesen inhumanen Lebensbedingungen kommt nun noch die barbarische Aggression hinzu, die laut der Tageszeitung »San Francisco Chronicle« die israelische Regierung in Wirklichkeit schon seit dem Jahr 2000 vorbereitet und den amerikanischen Verantwortlichen vor etwa einem Jahr unterbreitet hat. (...)

Auf Vorschlag des Vorstands des algerischen Gewerkschaftsbundes UGTA, dessen Generalsekretär auch Unterzeichner des Aufrufs der palästinensischen Frauen von Nazareth ist, veröffentlichte der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) am 26. Juli 2006 gemeinsam mit dem Weltverband der Arbeit (WVA) eine Erklärung, in der gefordert wird: „Das Gemetzel

muss sofort aufhören.“

(...) Eben weil dieser fürchterliche Krieg noch einmal bestätigt, – wenn das wirklich noch nötig ist –, dass seit 60 Jahren die Diskriminierung, das Unrecht und die Ungleichheit zum System erhoben worden sind, trifft die Initiative für die internationale Konferenz der Solidarität mit den palästinensischen Frauen in Algier auf eine so große Resonanz.

Die Zeitschrift »Dialogue« erhält ständig neue Mitteilungen von Frauen, Männern, von Organisationen, die – unabhängig von ihren sonstigen politischen Positionen – die Initiative unterstützen und ihr zum Erfolg verhelfen wollen.

Und wenn für alle Völker das Allerwichtigste der sofortige Stopp der israelischen



Libanesische Flüchtlinge auf dem Heimweg

Bombardierung und die Aufhebung der Blockaden ist, ist es dann nicht an der Zeit, – nämlich um diese menschliche Tragödie endgültig zu beenden –, eine Debatte unter Demokraten zu beginnen?

So kann die internationale Konferenz von Algier zum Ausgangspunkt für ein gemeinsames Nachdenken darüber werden, wie man bei gegenseitigem Respekt der jeweiligen politischen Meinungen all dieser Diskriminierung ein Ende bereiten kann. Wie man die Gleichheit herstellen und damit die Grundlagen für wirklichen Frieden und wirkliche Demokratie schaffen kann.«

*Herzliche Grüße*

*Louisa Hanoune*, Generalsekretärin der Arbeiterpartei PT Algeriens, Abgeordnete der Nationalen Volksversammlung Algeriens - Algier, 29. Juli 2006

## NAZARETH : AUFRUF VON PALÄSTINENSISCHEN FRAUEN

Seit Anfang August 2005 hat die Organisation zur Verteidigung der Rechte der arabischen ArbeitnehmerInnen im Staat Israel, Sawt el-Amel (Die Stimme der Arbeitnehmer), mit Sitz in Nazareth, die Initiative ergriffen für eine öffentliche Kampagne und für Demonstrationen gegen die Umsetzung des sog. „Wisconsin“-Plans (\*) der israelischen Regierung.

Der „Wisconsin“-Plan schafft keinen einzigen neuen Arbeitsplatz. Durch ihn sollen tausenden Arbeitslosen ihre Ansprüche auf Leistungen genommen werden, indem ihnen irgendwelche rechtlose Billigjobs zugewiesen werden. In Nazareth sind mehrheitlich die palästinensischen Frauen davon betroffen. 2002 stellten sie über 15% der erwerbsfähigen Frauen im Staate Israel, besetzten aber nur 5% der Arbeitsplätze für Frauen. Sie sind der am meisten ausgebeutete und unterdrückte Teil derjenigen ArbeitnehmerInnen, die Opfer des „Wisconsin“-Plans sind.

Die arabische Frau ist das Hauptopfer bei der Umsetzung des „Wisconsin“-Plans unter den Arbeitslosen. Wie kann man nur Frauen so behandeln?

Am 6. Januar 2006 sind die israelischen Polizisten mit Gewalt gegen die Demonstration vorgegangen, zu der die Organisation Sawt el-Amel aufgerufen hatte. Dabei verlief sie völlig friedlich. Ein Demonstrant, der eingriff, um zu verhindern, dass eine Frau von den Polizisten geschlagen wurde, wurde selbst von der Polizei verprügelt und verhaftet. Die Privatfirma Agam Mehalev, die mit der Umsetzung des „Wisconsin“-Plans in Nazareth beauftragt wurde, hat die Leistungsansprüche für jede arbeitslose Frau gestrichen, die an der Demonstration teilgenommen hat. Sie verweigert den arbeitslosen Frauen nicht nur jede Arbeit, sondern wendet Manöver und Ausreden an, um die Gelder für ihre Grundsicherung zu streichen. Die Privatfirma stößt die Frauen damit in größtes Elend. Unabhängig von den politischen Meinungen, die jeder vertreten kann, wer kann einer derart unmenschlichen Behandlung zustimmen?

Am 8. März 2006 haben über 300 palästinensische Frauen nach dem Aufruf der Organisation Sawt el-Amel

anlässlich des internationalen Frauentages demonstriert. Sie schwenkten schwarze Fahnen und Porträts von Kheir Khaleile, einem jungen palästinensischen Arbeiter, der als erstes Opfer des „Wisconsin“-Plans am 3. März gestorben war. Kheir Khaleile hatte große gesundheitliche Probleme. Er und seine KollegInnen arbeiteten acht Stunden lang zusammengedrängt unter unerträglichen Bedingungen. Er hatte die Firma Agam Mehalev gebeten, ihn gehen zu lassen. Umsonst. Kurz danach ist er auf dem Heimweg zusammengebrochen und gestorben.

**Wir sind palästinensische arbeitende Frauen, wir haben das Recht, in unserem Land zu leben und zu arbeiten und unsere Kinder in Würde großzuziehen.**

**Wir fordern die Respektierung unserer Rechte und den Stopp der rassistischen und sexuellen Diskriminierung. Das ist eine Frage der Demokratie!**

(\*) Der Wisconsin-Plan stammt aus den USA und soll die sog. „workfare“-Politik im Staat Israel institutionalisieren. Diese bedeutet entrechtete Pflichtarbeit für Personen (Langzeitarbeitslose), die als arbeitsfähig eingestuft werden, denen sonst die Streichung des Arbeitslosengeldes droht. Nach Meinung der Organisation Sawt el-Amel ist das „eine Kriegserklärung nicht gegen die Arbeitslosigkeit, sondern gegen die Arbeitslosen, mit dem Ziel, sie der Sozialleistungen zu berauben“. (Anm. d. Red.)

**Dieser Aufruf wird schon von engagierten KollegInnen, ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen in 53 Ländern unterstützt, darunter Verantwortliche und Sekretäre von Gewerkschaftsbünden in Australien, Afrika (Bénin, Burkina-Faso, Burundi, Kamerun, Elfenbeinküste, Ägypten, Guinea, Mali, Senegal, Sudan, Simbabwe...), in Asien (Bangladesch, Indien, Malaysia, Pakistan...), in den USA, Brasilien und Europa, u.a. in Spanien, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Portugal, Deutschland.**

**Unterschriften zur Unterstützung des Aufrufs der palästinensischen Frauen und der Vorbereitung der internationalen Solidaritätskonferenz bitte an Carla Boulboulé, Fax-Nummer: 030 / 313 16 62 E-Mail: Carla.Boulboulé@t-online.de – schicken.**

**Zur Diskussion**

### „Welche Lösung ist möglich, um dieses Blutbad zu stoppen?“

**W**ährend im Libanon die Waffenruhe begonnen hat, setzt die israelische Armee ihr Bombardement im Gazastreifen fort. Seit Anfang Juli wurden etwa 200 Palästinenser in Gaza und Westjordanland getötet.

Gaza und Westjordan verwandeln sich in Gettos und Ruinenfelder, schreibt Louisa Hanoune in ihrem Brief, in dem sie eine internationale Konferenz zur Solidarität mit den palästinensischen Frauen vorschlägt.

Kann man es zulassen, dass ein ganzes Volk durch Hunger und Bomben

vernichtet wird?

Der israelische Leitartikler Gideon Levy schreibt in der Zeitung »Haaretz«: „Es ist nicht legitim, 750.000 Menschen von der Stromversorgung abzuschneiden. Es ist nicht legitim, von 20.000 Menschen zu verlangen, sie sollten aus ihren Häusern flüchten und ihre Städte als Geisterstädte zurücklassen. Es ist nicht legitim, die Hälfte einer Regierung und ein Viertel eines Parlaments zu kidnappen. Ein Staat, der solche Initiativen ergreift, unterscheidet sich nicht von einer terroristischen Organisation.“

Muss man angesichts der furchtbaren Tragödie, unter der das palästinensische Volk und alle Völker dieser Region seit 60 Jahren leiden, nicht die Frage aufwerfen, ob es eine andere Lösung gibt als die Bildung eines einzigen laizistischen und demokratischen Staates auf dem historischen Territorium Palästinas? Eines Staates, der der jüdischen und arabischen Bevölkerung die gleichen Rechte garantiert und in dem sie – unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit – in Frieden leben können? - CARLA BOULBOULÉ